

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich Umwelt und Technik	Datum 13.05.2004
	Schriftführer Hans-Jörg Fedder
	Telefon-Nr. 02202/141382
Niederschrift	
Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr	Sitzung am Donnerstag, dem 6. Mai 2004
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 20:23 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) 18.38 Uhr – 18.50 Uhr
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
Seite A 4
- 2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 04.03.2004 - öffentlicher Teil**
Seite A 4
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 04.03.2004 - öffentlicher Teil**
232/2004 *Seite A 4*
- 4. Mitteilungen des Vorsitzenden**
Seite A 4
- 5. Mitteilungen der Bürgermeisterin**
hier: Radfahrstreifen im Zuge der Kempener Straße
233/2004 *Seite A 4*
- 6. Feststellung des Jahresabschlusses 2002 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach"**
231/2004 *Seiten A 5 f*

- | | | |
|-----|---|-----------------------|
| 7. | Haushaltssicherungskonzept
Reduzierung Betriebskostenzuschuss StadtGrün
39/2004 | <i>Seiten A 6 ff</i> |
| 8. | Ausschreibungsverfahren der DSD AG und Hinzutreten weiterer Systembetreiber
246/2004 | <i>Seite A 9</i> |
| 9. | Parkraumbewirtschaftung
108/2004 | <i>Seiten A 9 ff</i> |
| 10. | Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 19.01.2004 zur Reduzierung der Energiekosten
225/2004 | <i>Seiten A 12 f</i> |
| 11. | Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 02.02.2004 zur Bewirtschaftung des Marktplatzes Refrath
230/2004 | <i>Seiten A 9 ff</i> |
| 12. | Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 12.02.2004 zur Installierung "Grüner Pfeile"
199/2004 | <i>Seite A 13</i> |
| 13. | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.02.2004 zur Öffnung der Kaule für den Radverkehr in Gegenrichtung
200/2004 | <i>Seite A 13</i> |
| 14. | Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.02.2004 zur Einrichtung einer Haltestelle in Gronau in Höhe der b.i.b.
201/2004 | <i>Seite A 14</i> |
| 15. | Antrag der CDU-Fraktion vom 22.04.2004 zur Parkraumbewirtschaftung
13/2004 | <i>Seiten A 11 f</i> |
| 16. | Anfragen der Ausschussmitglieder
hier: Anfrage der FDP-Fraktion vom 12. März 2004 zur Rechtsabbiegespur an der Kreuzung Moitzfeld und zur Ampelschaltung am Technologiepark Friedrich-Ebert-Straße
244/2004 | <i>Seiten A 14 ff</i> |

B Nichtöffentlicher Teil

1. **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 04.03.2004 - nichtöffentlicher Teil -** *Seite B 1*
2. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 04.03.2004 – nichtöffentlicher Teil**
241/2004 *Seite B 1*
3. **Mitteilungen des Vorsitzenden** *Seite B 1*
4. **Mitteilungen der Bürgermeisterin** *Seite B*
1
5. **Benennung eines Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlüsse der Wirtschaftsjahre 2004 und 2005 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen "Abwasserwerk der Stadt Bergisch Gladbach", "Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Bergisch Gladbach", "Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach" und "StadtGrün Bergisch Gladbach"**
218/2004 *Seiten B 1 f*
6. **Anfragen der Ausschussmitglieder** *Seiten B 2 f*

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@->

Der Vorsitzende, Herr Kremer, eröffnet die 30. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr in der sechsten Wahlperiode des Rates der Stadt Bergisch Gladbach und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

<-@

2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 04.03.2004– öffentlicher Teil

@->

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

<-@

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 04.03.2004 - öffentlicher Teil

@->

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-@

4 Mitteilungen des Vorsitzenden

@->

Der Vorsitzende trägt keine Mitteilungen vor.

<-@

5 Mitteilungen der Bürgermeisterin hier: Radfahrstreifen im Zuge der Kempener Straße

@->

Mündliche Mitteilungen werden nicht vorgetragen. <-@

@->

Zu einer Anmerkung Herrn Jungs hinsichtlich der Formulierung der Vorlage verweist Herr Widdenhöfer auf einen Ortstermin mit der Polizei. Während dieses Termins sei er zu der Überzeugung gekommen, das Halteverbot im Bereich des Rewemarktes nicht aufzuheben. Das Parken auf der Straße sei dort **nicht** zulässig.

Herr Freese erinnert daran, dass in diesem Ausschuss seinerzeit für den Bereich der Kempener Straße Einvernehmen über die Schulwegsicherung und die Anlegung eines Radweges sowie einer Busspur bestand. Er bedauert die Schwierigkeiten hinsichtlich der Umsetzung dieser Maßnahmen.

Herr Willnecker erklärt, eine Busspur habe nur durchgehend bis zur Stadt, aber nicht nur als Teilstück einen Sinn.

<-@

Feststellung des Jahresabschlusses 2002 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Verkehrsflächen der Stadt Bergisch Gladbach"

@->

Herr Kremer begrüßt zu diesem Punkt die Herren Stoeber und Albert von der Sozietät Dr. Leyh, Dr. Kossow & Dr. Ott. Weiterhin verweist er auf die Tischvorlage zu diesem Thema hin. *(Diese Tischvorlage ist der Niederschrift beigelegt.)*

Herr Ziffus verweist auf die jährliche Abschreibung in Höhe von 5 Mio. € und darauf, dass die Einnahmen dieses Betriebes nicht zur Erwirtschaftung des Wertverlustes ausreichen. Um den Betrieb zu sichern, müsse über die zukünftige Veranschlagung der Parkgebühren und der Konzessionsabgabe nachgedacht werden. Alternativ müssten kostendeckende Einnahmen durch den Betrieb der Pkws und Lkws z. B. durch einen Anteil an der Mineralölsteuer erzielt werden. Er spricht sich für eine getrennte Betriebsabrechnung für die Parkraumbewirtschaftung aus. Die Geschäftsleute in den Zentren könnten dann Einzahlungen vornehmen, um auf diesem Wege die Höhe der Parkgebühren in ihrem Zentrum mitzugestalten.

Weiter verweist Herr Ziffus darauf, dass einem Defizit in Höhe von 11 Mio. € ein städtischer Zuschuss in Höhe von 9,5 Mio. € gegenüberstehe. Andererseits werde ein Liquiditätsengpass beklagt, der nur durch städtische Kredite überbrückt werden könne.

Positiv seien die sinkenden Personalkosten. Abschließend verweist Herr Ziffus auf den Wertgewinnsprung in Höhe von 14 Mio. €. Er vermute, dass es sich hierbei um übernommene Parkplätze und Tiefgaragen handele.

Herr Sterzenbach erklärt, Zuzahlungen der Händlerschaft zu den Parkgebühren würden auch so in den Wirtschaftsplan aufgenommen werden können. Eine Verpflichtung zu Zuzahlungen bestehe jedoch weder seitens der Händlerschaft noch seitens der Kfz-Benutzer.

Herr Bertram ergänzt, dass der städtische Zuschuss lediglich alle zahlungswirksamen Vorgänge abdecken solle. Es sei ein Problem der Kameralistik, dass die nichtzahlungswirksamen Vorgänge wie Abschreibungen nicht im Rahmen des städtischen Zuschusses abgedeckt werden können. Außerdem sei für 2002 eine 10%ige Haushaltssperre verhängt worden, der auch für den Betriebskostenzuschuss galt.

Herr Stoeber weist darauf hin, dass der Wertzuwachs eine weitere Zuordnung von Flächen beinhalte, die in der Bilanz bislang nicht berücksichtigt wurden. Der bisherigen Erfassung standen mangelnde Personal- und Sachressourcen entgegen.

Herr Dr. Fischer erklärt, der Bericht sei in seinen substantiellen Elementen undurchsichtig gewesen. Diesem Mangel habe die Tischvorlage abgeholfen. Daher stimme die F.D.P.-Fraktion dem Beschlussvorschlag zu. Er bitte aber dringend darum, zukünftig die Berichte anders zu fassen. Abgesehen von einem allgemeinen Lagebericht zur Entwicklung des Betriebes solle das Zahlenwerk auf der Gewinn- und Verlustrechnung selbst und auf der Bilanz aufgebaut werden. Sinnvoll seien eine zeilenweise Kommentierung der Gewinn- und Verlustrechnung und eine Gegenüberstellung mit dem Wirtschaftsplan. Die Entwicklung der Vermögensverhältnisse solle ebenfalls dargestellt werden.

Auch seine Fraktion halte den hohen Zuschussbedarf für misslich. Er halte eine Einnahmeverbesserung dieses Betriebes für sinnvoll, wobei allerdings die Parkgebühren auch einen politischen Aspekt hätten, der einer Veranlagung im Betrieb „Verkehrsflächen“ entgegenstehe.

Herr Schmickler hält eine bloße Einnahmeverchiebung für keine durchschlagende Lösung, da sie nicht zu einer Einnahmesteigerung führen würden. Konzessionsabgaben seien nicht leistungsabhängig; vielmehr müssen Unternehmen – unabhängig vom Zustand der Straßen – für die Inanspruchnahme von Straßen für ihre Zwecke zahlen. Auch könne nicht davon ausgegangen werden, dass die Konzessionsabgabe langfristig erhalten bleibe. Im Bereich der Telekommunikationsanbieter gebe es diese Abgabe nicht.

Für andere Vorschläge Herrn Ziffus‘ in Richtung einer Maut gebe es noch keine Rechtsgrundlage.

Herr Freese hält die Ansätze für einen Hinweis auf die gute Arbeit des Eigenbetriebes. Hinsichtlich der Parkgebühren hält er die Berechnung eines Verteilungsschlüssels für sinnvoll. Die Konzessionsabgabe sollte dem Eigenbetrieb vollständig zufließen, da die gesamten begleitenden Maßnahmen z. B. bei Aufbrüchen durch den Eigenbetrieb geleistet würden.

Herr Jung weist darauf hin, dass durch die Änderung eines Verteilungsschlüssels bei der Straßenentwässerung gegenüber der damaligen Schätzung geringere Kosten verursacht würden.

Herr Bertram bestätigt diese Annahme. Die eingetretene Vergünstigung würde durch die 8%ige kalkulatorische Verzinsung mehr als ausgeglichen.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig) ~~-@~~

@->

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr empfiehlt dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach, vorbehaltlich der Übernahme des uneingeschränkten Bestätigungsvermerks der Wirtschaftsprüfer durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW

1. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO die Bilanz zum 31.12.2002 in
Aktiva und Passiva mit 216.425.647,10 €,

die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem
Jahresverlust von 11.009.132,94 €
festzustellen;
2. gemäß § 26 Abs. 2 EigVO den Lagebericht 2002 festzustellen.
3. Der Jahresverlust 2002 wird dem Rücklagekapital für allgemeine Zwecke entnommen.

~~-@~~

Haushaltssicherungskonzept

Reduzierung Betriebskostenzuschuss StadtGrün

@->

Herr Schäfer beantragt, die Flächen 2, 4 und 5 aus der Liste „StadtGrün“ trotz Zustimmung des Jugendamtes im Jugendhilfeausschuss zu behandeln. Dies solle auch für die Fläche 3 gelten, da diese auf Dauer in der betroffenen Siedlung eine entsprechende Spielplatzfunktion erlangen kann. Bedenken bestehen auch hinsichtlich der Flächen 12 und 13.

Gegen einen Verkauf von Grundstücken aus der Liste „Verkehrsflächen“ bestehen

dann Bedenken, wenn in einem größeren Umfang Bäume gefällt werden müssten. Daher beantrage er für die SPD-Fraktion getrennte Abstimmung der einzelnen Flächen der Liste „StadtGrün“; die Liste „Verkehrsflächen“ könne en bloc abgestimmt werden.

Herr Schäfer ergänzt im weiteren Verlauf der Beratung seinen Antrag dahingehend, Bäume, die unter die Baumschutzsatzung fallen, zivilrechtlich zu sichern.

Herr Schneeloch erinnert an die Beratung der letzten Sitzung. Er möchte wissen, warum eine Behandlung der Flächen 4 und 5 im Jugendhilfeausschuss als nicht notwendig angesehen wird. Die Vorlage enthalte dafür keine Begründung.

Herr Leuthe verweist darauf, dass die beiden letztgenannten Flächen unmittelbar an der Richard-Zanders-Straße liegen. Der B-Plan weise sie zwar als Spielplätze aus, ein solcher Ausbau sei aber seines Wissens nie geplant gewesen. In direkter Nähe lägen sowohl ein Spiel- als auch ein Spiel- und Bolzplatz, sodass auch aus diesem Grund eine Inanspruchnahme der Flächen 4 und 5 als Spielplätze nicht erforderlich ist. Diese Einschätzung werde vom Jugendamt geteilt.

Herr Sterzenbach verweist zum Vorschlag Herrn Schäfers zum Schutz der Bäume auf den Grundstücken „Verkehrsflächen“ auf die Möglichkeit, diese Bäume privatrechtlich durch vertragliche Vereinbarungen zu schützen. Dies führe zu einer eingeschränkten Nutzbarkeit des Grundstückes. Auf jeden Fall sei zu prüfen, ob der jeweilige Baum unter die Bestimmungen der Baumschutzsatzung falle. Ggf. falle ein Baum im Einzelfall unter den Schutz eines Bebauungsplanes; dann sei eine Befreiung zu beantragen. Er weist auch darauf hin, dass ein Grunderwerb unattraktiv werde, wenn für jeden Baum eine zivilrechtliche Vereinbarung getroffen werde.

Herr Schmickler hält eine zivilrechtliche Sicherung nicht für sinnvoll. Sie erfordere eine separate Datei; eine Kontrolle sei sehr aufwändig. Demgegenüber sei die Baumschutzsatzung einfacher zu kontrollieren.

Herr Jung lehnt für die CDU-Fraktion eine über die Baumschutzsatzung hinausgehende Regelung ab.

Herr Ziffus erklärt, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen sich gegen einen Verkauf der Flächen 2, 4, 5 und 9 der Liste „StadtGrün“ aus. Aus der Liste „Verkehrsflächen“ lehne seine Fraktion einen Verkauf der Flächen 8 und 9 ab. Einem Verkauf des Grundstückes 8 stehe ein Beschluss des Ausschusses zur Sanierung des Saaler Mühlenbaches entgegen. Er erinnert zum Grundstück 9 an einen Antrag der CDU-Fraktion aus dem Jahr 1990 auf Errichtung einer Alle entlang der Frankfurter Straße.

Herr Leuthe ist der Auffassung, dass es sich bei dem Grundstück 8 nicht um ein Bachgrundstück handelt.

Herr Jung schlägt als Kompromiss vor, eine Zustimmung zum Verkauf des Grundstückes 8 unter den Vorbehalt zu stellen, dass dort kein Gewässer verläuft. Die Verwaltung solle dies prüfen und dem Ausschuss das Ergebnis vortragen.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgende

Beschlüsse: 1. (mehrheitlich mit elf Stimmen der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion bei einer Enthaltung der Fraktion KIDitiative)

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Fläche 9 aus der Liste „Verkehrsflächen“ nicht zu verkaufen, wird abgelehnt.

2. (einstimmig bei zwei Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dem Verkauf der übrigen Flächen der Liste „Verkehrsflächen“ wird zugestimmt. Ein Verkauf der Fläche 8 steht unter dem Vorbehalt, dass dort kein Bach verläuft.

3. (mehrheitlich mit elf Stimmen der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion bei einer Enthaltung der Fraktion KIDitiative)

Der Antrag der SPD-Fraktion, die durch die Baumschutzsatzung geschützten Bäume auf den Grundstücken der Liste „Verkehrsflächen“ privatrechtlich zu sichern, wird abgelehnt.

4. Dem Verkauf der Grundstücke auf der Liste „StadtGrün“ wird in getrennter Abstimmung wie folgt zugestimmt:

- a. Grundstück 1: einstimmig
- b. Grundstück 2: mehrheitlich gegen sechs Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- c. Grundstück 3: mehrheitlich gegen vier Stimmen der SPD-Fraktion bei einer Enthaltung der Fraktion KIDitiative
- d. Grundstück 4: mehrheitlich gegen sechs Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- e. Grundstück 5: mehrheitlich gegen sechs Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- f. Grundstück 6: einstimmig
- g. Grundstück 7: einstimmig
- h. Grundstück 8: einstimmig
- i. Grundstück 9: mehrheitlich gegen drei Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion KIDitiative
- j. Grundstück 10: einstimmig
- k. Grundstück 11: einstimmig
- l. Grundstück 12: mehrheitlich gegen vier Stimmen der SPD-Fraktion
- m. Grundstück 13: mehrheitlich gegen sechs Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Eine Frage Herrn Jungs, ob der Stadt nach der Neuerung noch irgendwelche Druckmittel zur Verfügung stehen, erklärt Herr Carl, dass sich die Stadt, sofern sie die Aufträge nicht selbst erledige, in einer schlechten Position befinden werde. Die Stadt werde die Glasabfuhr aufgrund der Vorgaben des Kartellamtes mit Sicherheit nicht leisten. Sie könne zukünftig nicht mehr auf die Unternehmen direkt einwirken, sondern müsse sich evtl. unter Fristsetzung an die DSD AG halten.

Herr Dr. Steffen kritisiert, bei Ausschreibungen und ähnlichen Gelegenheiten im Zusammenhang mit einem Monopolisten von Wettbewerb zu sprechen. Beides passe nicht zueinander.

Seine und Herrn Dr. Fischers Fragen beantwortet Herr Carl dahingehend, dass die vertraglichen Vereinbarungen aufgrund der Position der DSD AG sehr starr seien. Weder einzelne Städte noch kommunale Spitzenverbände hätten nennenswerte Einflussmöglichkeiten. Zum einen gebe es eine von der DSD vorgegebene Musterabstimmungserklärung, zum anderen eine Nebenentgeltvereinbarung, die für die Standorte gelte. Die Standorte seien nicht alle in städtischer, sondern zum Teil in privater Hand. Es stehe der Stadt nicht frei, ein Unternehmen bei einer Vernachlässigung der Leerungsfrist zu belangen. Auch würden keine individuellen Standortverträge geschlossen; vielmehr sei die Stadt verpflichtet, alle Standorte im Rahmen der Nebenentgeltvereinbarung zu säubern.

Auf Anfrage Herrn Freeses erklärt Herr Carl, für PPK (Papier, Pappe, Kartonagen) gebe es eine Mitbenutzungspflicht für die städtische Papiertonne. Streitpunkt sei der Umfang der Beteiligung der DSD an den Kosten. Derzeit zahle die DSD 1 €. Die DSD habe eine Erhöhung auf 1,65 € angekündigt; dieser Betrag wäre für die Stadt kostendeckend.

9

<-@

Parkraumbewirtschaftung

und

11

Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 02.02.2004 zur Bewirtschaftung des Marktplatzes Refrath

@->

Im Ausschuss bestand darüber Einvernehmen, die Tagesordnungspunkte A 9 und A 11 gemeinsam sowie unmittelbar anschließend A 15 zu beraten.

Zunächst ergänzt Herr Widdenhöfer die Vorlage.

(Eine aktualisierte Fassung der Anlage 2 zu TOP A 9 ist dieser Niederschrift beige-fügt.)

Herr Dr. Fischer vermisst eine Umrechnung der Einnahmen auf € pro Platz und Monat. Ein Vergleich verschiedener Parkplätze ergebe, dass z. B. in Moitzfeld weniger als 1 €, am Marktplatz Refrath 1,88 € pro Platz und Monat eingenommen werde. Beim Marktplatz Refrath sei zu berücksichtigen, dass der Parkscheinautomat auch für die etwa 20 Stellplätze an der Dolmanstraße zu bedienen sei. Er gehe davon aus, dass die wesentlichen Einnahmen für die Stellplätze an der Dolmanstraße, aber kaum Einnahmen auf dem Marktplatz anfallen. Wegen der Verdrängung der Parker in die umliegenden Wohnstraße und der Schwierigkeiten der Refrather Händler halte er am Antrag der F.D.P.-Fraktion (TOP A 11) fest, für den Marktplatz Refrath außer am

Markttag keinerlei Parkgebühren zu erheben.

Herr Jung verweist auf die teilweise erheblich anderen Zahlen der Tisch- gegenüber der Originalvorlage. Zu diesem Punkt habe die CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf; er bitte deshalb um eine Unterbrechung der Sitzung. Hinsichtlich des Marktplatzes Refrath sei seine Fraktion im Wesentlichen mit der F.D.P.-Fraktion einig.

Herr Freese begrüßt die Erstellung der Vorlage, da sich die ursprünglich veranschlagten Einnahmen nicht erzielen lassen. Er kritisiert die Abwanderung vieler Parker in Wohnstraßen. Er gehe davon aus, dass auch der Marktplatz in Refrath gerade durch das Tagesticket stärker beparkt werde. Er weist darauf hin, dass Refrath ein großer, ziemlich reicher Ortsteil ist. Kurzzeitparken in attraktiven Zonen solle daher auch weiterhin der normalen Parkgebühr unterliegen. Eine Ausnahme sei der Marktplatz wegen seiner etwas abgelegenen Lage.

Der Abbau des Automaten in Moitzfeld sei wegen der geringen Einnahmen sinnvoll. Weiterhin spricht er sich für eine Bewirtschaftung der 77 vorgeschlagenen Parkplätze in Paffrath aus.

Herr Ziffus erklärt sein grundsätzliches Einverständnis mit der Vorlage. Von einer Bewirtschaftung des Marktplatzes Refrath verspricht er sich eine stärkere Auslastung der privaten Tiefgaragen. Seine Fraktion sei daher gegen einen Verzicht auf die Bewirtschaftung des Marktplatzes.

Im Sinne einer Neugestaltung des Platzes vor der Paffrather Kirche spricht er sich gegen eine Bewirtschaftung der Parkplätze am Gasthaus Linde aus. Stattdessen solle der Parkplatz Höffenstraße von der Neuen Nußbaumer Straße aus erreichbar sein. Auch der Parkplatz hinter der Kirche solle von der Höffenstraße aus erschlossen werden.

Herr Widdenhöfer erinnert an ein Gespräch mit der IG Paffrath wegen der zwei Taxiplätze. Damals wurde auch hinsichtlich der Parkplätze eine Einigung erzielt. Gerade der Parkplatz am Gasthaus sei für das Geschäftszentrum als sehr wichtig erachtet worden.

Herr Schmickler weist darauf hin, dass über diesen Parkplatz die Zufahrt zur Tiefgarage der Paffrather Raiffeisen Bank erfolgt und der Platz auch deshalb nicht gesperrt werden könne.

Herr Willnecker spricht sich ebenfalls gegen die Vorschläge Herrn Ziffus' aus.

Frau Schu fragt im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung der Schloßberggarage nach Parkplätzen für die Schüler der Wirtschaftsschule Küster. Auch diese Schüler würden in umliegende Wohnstraßen ausweichen.

Die Sitzung wird von 18.38 Uhr bis 18.50 Uhr unterbrochen.

Herr Jung beantragt für die CDU-Fraktion, aus der Tischvorlage die Parkplätze 1 (Johann-Wilhelm-Lindlar-Straße), 2 (Johannisplatz westlich Richard-Zanders-Straße) und 7 (Schloßberggarage) in der Parkraumbewirtschaftung zu belassen und allen anderen in dieser Liste genannten Parkplätze bis auf weiteres aus der Parkraumbewirtschaftung herauszunehmend. Auf den herauszunehmenden Plätzen ist eine zweistündige Parkzeit mit Parkscheibe einzuführen. Diese Maßnahme wird unter der Maßgabe des Antrages seiner Fraktion (TOP A 15) durchgeführt.

Herr Dr. Fischer weist darauf hin, dass die F.D.P.-Fraktion für den Marktplatz Refrath eine völlige Befreiung von der Parkraumbewirtschaftung, also auch ohne blaue Zone, beantragt habe.

Herr Freese befürchtet, dass der Antrag der CDU-Fraktion im bevorstehenden Wahlkampf begründet ist. Er schlägt daher vor, die Verwaltung möge schon bis zur nächsten Sitzung ein neues Konzept erarbeiten.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgende

Beschlüsse: 1. (mehrheitlich gegen zwei Stimmen der F.D.P.-Fraktion und der Fraktion KIDinitiative)

Der Antrag der F.D.P.-Fraktion, auf eine Bewirtschaftung des Marktplatzes Refrath völlig zu verzichten (TOP A 11), wird abgelehnt.

2. (einstimmig)

Der Antrag der CDU-Fraktion, die in der Tischvorlage mit 1., 2. und 7. bezeichneten Plätze zu bewirtschaften, wird angenommen.

3. (mehrheitlich mit elf Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion

KI-

Initiative bei zwei Enthaltungen der F.D.P.-Fraktion und aus der SPD-Fraktion)

Der Antrag der CDU-Fraktion, die übrigen in der Tischvorlage bezeichneten Plätze nicht zu bewirtschaften, sondern eine zweistündige Parkzeit mit Parkscheibe einzuführen, wird angenommen.

<-@

15

Antrag der CDU-Fraktion vom 22.04.2004 zur Parkraumbewirtschaftung

@->

Herr Ziffus hält ein Ticketsystem für zu kompliziert. Einfacher sei, den abtrennbaren Teil des Parkscheines mitzunehmen und sich die Kosten beim Einkauf erstatten zu lassen. Die Notwendigkeit zu einer anderen Verteilung bewirtschafteter Parkraumstrukturen in den Ortsteilen zu kommen, sehe er nicht. Die Zielrichtung des 3. Punktes dieses Antrages könne nur eine Reduzierung des Defizites sein. Dazu müsse aber erst die Höhe des Defizites in der Parkraumbewirtschaftung bekannt sein.

Herr Freese fragt nach dem Geltungsbereich des beabsichtigten Ticketsystems. Er hält wie auch Herr Ziffus den Antrag der CDU-Fraktion für unverständlich.

Herr Widdenhöfer versteht den Antrag so, dass durch ein Ticketsystem ähnlich dem Park-O-Pin anderer Städte ein gänzlich neues Konzept erreichen will. Dies sei nach der StVO derzeit nicht zulässig, werde in einigen Modellstädten aber derzeit getestet. In einem ersten Schritt sollen diese Modellstädte nach ihren Erfahrungen befragt werden; auch das Ministerium solle um Auskunft gebeten werden, wann mit einer Änderung der StVO zu rechnen sei. Die Ergebnisse werden dem Ausschuss bekannt gegeben.

Herr Dr. Fischer erinnert daran, dass Bergisch Gladbach seinerzeit auch die freien 15 Minuten ohne Rechtsgrundlage gewährt habe. Daher sehe gegen die Umsetzung des CDU-Antrages keine grundlegenden Bedenken. Eine effektivere nutzbringendere Parkraumbewirtschaftung sei auch grundsätzlich zu begrüßen.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen vier Stimmen der SPD-Fraktion bei einer Enthaltung der Fraktion KIDinitiative)

Die Verwaltung wird beauftragt, die von der CDU-Fraktion im Antrag vom 22.04.2004 genannten Vorschläge zu prüfen.

10 **Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 19.01.2004 zur Reduzierung der Energiekosten**

@->

Herr Ziffus begründet und erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Herr Schmickler sieht wie Herr Ziffus weitere Möglichkeiten im Bereich des Gebäudemangements mit positiven finanziellen Auswirkungen. Er weist auch auf die bisherigen Erfolge hin. Die Frage nach einer Schwerpunktbildung sei angesichts der gesetzlichen Vorschriften nur schwer zu beantworten. Aus dem Brand des Düsseldorfer Flughafens, der Ganztagsbetreuung in den Grundschulen, der Gleichstellung von Behinderten und anderem hätten sich verschiedene Schwerpunkte im Baubereich entwickelt, die alle gleichermaßen erledigt werden müssten.

Herr Freese verweist darauf, dass Investitionen in diesem Bereich lohnenswert seien. Die Punkte 2 und 4 des vorliegenden Antrages würden nicht nur einen Bericht erfordern, sondern auch konzeptionelles Arbeiten. Ihm reiche aus, wenn die Verwaltung die Verwendung eines konkreten Betrages zur Energieeinsparung zusage.

Herr Jung sieht wie Herr Freese die Verwaltung auf dem richtigen Weg. Er begrüßt die Vorlage. Er möchte wissen, wieso in Bergisch Gladbach die Straßenbeleuchtung länger eingeschaltet sei als in Köln.

Herr Sterzenbach erklärt, dieser Sache nachgegangen zu sein. Eine um 15 Minuten frühere Ausschaltzeit würde zu einer jährlichen Einsparung von etwa 10.000 € führen. Die BELKAW sei mit den erforderlichen Maßnahmen beauftragt worden. Sie habe aber verschiedene technische Schwierigkeiten angeführt. Mit einer technischen Umstellung sei Ende dieses Jahres zu rechnen.

Frau Schöttler-Fuchs verweist auf die Ziele der Agenda 21. Der Schule mit der prozentual größten Einsparung könne ein Preis ausgelobt werden.

Herr Dr. Fischer bemängelt, dass die in der Vorlage aufgeführten Verbräuche nicht bewertet wurden. Die F.D.P.-Fraktion befürworte Maßnahmen, die sich kurzfristig amortisieren. Einfache Investitionen wie Thermostatventile sollten sehr schnell getätigt werden, auch ohne anfallende Sanierungsmaßnahmen abzuwarten.

@->

12 **Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 12.02.2004 zur Installierung "Grüner Pfeile"**

@->

Herr Dr. Fischer äußert sein Unverständnis über die Vorlage. Die Behauptung der Verwaltung, alle 25 vorgeschlagenen Maßnahmen seien nicht möglich, werde weder in der Vorlage begründet noch sei sie nachvollziehbar. Er verweist nochmals auf gute Erfahrungen anderer Städte mit dem „Grünen Pfeil“.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen eine Stimme der F.D.P.-Fraktion)

Der Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 12.02.2004 zur Installierung „Grüner Pfeile“ wird abgelehnt.

13 <-@
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.02.2004 zur Öffnung der Kaule für den Radverkehr in Gegenrichtung

@->

Herr Ziffus begründet und erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Herr Sprenger lehnt den Antrag ab und geht dabei auf die Schulwegenutzung durch die Schüler des Albertus-Magnus-Gymnasiums und der Johannes-Gutenberg-Realschule ein. Diese Schüler würden zum Teil eben nicht die Straße Kaule als Schulweg nutzen, sondern hätten sich andere Wege z. B. durch die Straße An der Schmitten gesucht. Auch im Bereich des Kindergartens sei eine Öffnung nicht zu befürworten, da dort der Kreuzungsverkehr zu groß sei.

Herr Widdenhöfer verliert die Stellungnahme der Polizei, die die gewünschte Öffnung ablehne.

Herr Schneeloch hält das Risiko einer Öffnung ebenfalls für zu groß. Insbesondere durch die Parksituation sei oft schlecht einsehbar. Die Straße sei streckenweise auch sehr kurvenreich. Eine Öffnung sei insgesamt nicht vertretbar.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (mehrheitlich gegen zwei Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei einer Enthaltung der F.D.P.-Fraktion)

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.02.2004 zur Öffnung der Kaule für den Radverkehr in Gegenrichtung wird abgelehnt.

14 <-@
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 16.02.2004 zur Einrichtung einer Haltestelle in Gronau in Höhe der b.i.b.

@->

Herr Ziffus begründet und ergänzt den Antrag seiner Fraktion. Der Antrag sei zumindest eine mittelfristige Option.

Herr Wenzel hält eine Haltestelle grundsätzlich für sinnvoll, sieht jedoch aus Platz-

gründen keine Chance zu einer Realisierung. Auf das am besten geeignete Gelände habe die Stadt keinen Zugriff.

Auf Anfrage Frau Reudenbachs erklärt Herr Marx, dass es grundsätzlich möglich sei, in der Parkbucht vor der GGS Gronau eine Haltestelle anzulegen. Die Bucht sei aber so kurz, dass ein Bus dort nicht vollständig hineinpasse. Die Bucht sei auch nur etwa 250 m von der nächsten Haltestelle entfernt. Für die Gegenrichtung sei die Haltestelle direkt gegenüber.

Herr Freese verweist darauf, dass von der b.i.b. bis zu den nächstgelegenen Haltestellen weniger als zwei Minuten zu gehen sei. Das sei den Studenten sogar bei Regen zuzumuten. Weder die für eine neue Haltestelle erforderlichen Baumaßnahmen noch die zu erwartenden Verkehrsbehinderungen wären vertretbar.

Frau Schöttler-Fuchs macht darauf aufmerksam, dass die Studenten von der S-Bahnhaltestelle Duckterath aus eher zu Fuß gingen als den Bus zu benutzen. Da die Schüler selbst keinen Antrag gestellt hätten, sehe sie keinen Bedarf für eine zusätzliche Haltestelle.

<-@

16 Anfragen der Ausschussmitglieder

@->

Frau Schöttler-Fuchs:

Ich habe sieben Anfragen:

1. Zum Tagesordnungspunkt A 10 (Reduzierung der Energiekosten) verweise ich auf meinen Besuch beim Kinderschutzbund im alten Arbeitsamt. Dort können die Heizkörper nicht abgedreht werden. Ist dies der Verwaltung bekannt?
2. Inwieweit wurde der Brief der Straßengemeinschaft Duckterather Weg beantwortet?
Herr Hardt verweist auf die Kanalbaumaßnahme Handstraße/Duckterather Weg. Beide Straßen werden im Juni komplett mit einer neuen Fahrbahndecke versehen. Ein Bürgerantrag wünschte im Duckterather Weg die Anlegung von Baumscheiben. Die Anlieger wurden entsprechend durch Hauswurfsendung informiert. Der Antragsteller hat für die Gemeinschaft den Antrag zurückgezogen. Er sagt zu, das zweite Schreiben an die Anlieger der Niederschrift beizufügen.
3. Nach Straßenaufbrüchen sind viele Straßenbeläge schlecht. Kann die Verwaltung darauf einwirken, dass Straßenaufbrüche zumindest ebenerdig mit Schotter zugeschüttet werden?
Herr Hardt weist daraufhin, dass hinsichtlich der BELKAW-Aufbrüche ein bündiger Abschluss in der Regel mit Asphalt vereinbart sei. Problematisch sei lediglich die Frage der Kontrollen.
4. Während der Bürgerversammlung Gierather Wald sind einige Punkte angesprochen worden, nach denen ich hier fragen möchte.

Wenn Behinderte mit Bussen oder Pkws gebracht oder abgeholt werden, ist an der Gierather für andere Autos kein Durchkommen mehr. Auch Einfahrten werden zugeparkt.

Inwieweit werden die im Ausschuss getroffenen Vereinbarungen mit der GBK eingehalten, dass die Busse auf dem Parkplatz halten?

Herr Marx erklärt, die Busse würden sich grundsätzlich vor der Einfahrt der GBK verteilen. Im Einzelfall stehe ein Bus auf dem Schlodderdicher Weg, wenn die Busse nicht rechtzeitig nachrücken. Diese Probleme bestünden aber jeweils nur ganz kurz und stellen keine Behinderungen für die Anwohner dar.

5. Einige Bürger haben den Eindruck, dass die Kanäle zu wenig gereinigt werden. Zwei mal jährlich würde mit Hochdruck gereinigt. Teilweise sei der Druck so stark, dass noch in der ersten Etage Wasser hochkommt. Kann dies überprüft werden?

Herr Schmickler bestätigt, dass eine oder zwei Kanalreinigungen jährlich üblich sind. Eine darüber hinausgehende Reinigung sei mit einem entsprechenden Aufwand an Personal und Material möglich, aber von Ausnahmefällen abgesehen aus fachlicher Sicht nicht geboten.

6. Der Einbau von Rückstauventilen in Häusern ist gesetzlich vorgeschrieben. Angeblich wird nicht kontrolliert, ob dieser Vorschrift genügt wird. Sind darauf die Probleme bei Hochwasser zurückzuführen?

Herr Schmickler verweist auf einschlägige Vorschriften der Satzung. Der Einbau von Rückstauventilen sei eine Möglichkeit im Rahmen der persönlichen Vorsorge, um sich gegen Schäden zu schützen. Er sehe dies nicht als typische Aufgabe der öffentlichen Hand.

7. Die Schluchter Heide soll angeblich Naturschutzgebiet werden. Wie ist der Sachstand?

Herr Ziffus:

Gehe ich Recht in der Annahme, dass die Stadt bei einer Einhaltung des Zeitplanes für die Kanal-TV-Untersuchungen die bekannten ≈ 230.000 € für das Jahr 2002 nicht hätte zahlen müssen?

Herr Sterzenbach erklärt, dies sei nicht der Fall. Herr Schmickler ergänzt, diese Frage sei Bestandteil der umfänglichen Prüfung gewesen. Er legt Wert auf die Feststellung, dass die Planung auf der Grundlage der rechtlichen Bestimmungen erfolgt und die mehrfache Änderung der Rechtsauffassung des Landesumweltamtes nicht vorhersehbar gewesen sei.

Herr Dr. Fischer:

1. Ist es möglich, die Straßenreinigung zeitlich alternierend durchzuführen? Dadurch könne ausgeschlossen werden, dass in einzelnen Straßen dann gereinigt werde, wenn sie zugeparkt sei.
2. Welche Maßnahmen kann die Stadt vornehmen, um bei Stadtfesten die Vermüllung des Konrad-Adenauer-Platzes zu reduzieren? Nach meinem Kenntnisstand befand sich dort nach dem letzten Stadtfest eine große Menge Unrat. Durch ent-

sprechende Verträge mit den Veranstaltern könne dies reduziert werden.

3. Von Herrn Sterzenbach möchte ich wissen, warum die Stadt nicht als Kunde von der BELKAW verlangen kann, die Zeit der Straßenbeleuchtung wunschgemäß zu reduzieren?

Herr Sterzenbach verweist darauf, dass die BELKAW technische Probleme geltend macht. Der Stadt sei nicht möglich, die Rechnung um einen beliebigen Betrag zu kürzen; der Kürzungsbetrag lasse sich nicht genau berechnen. Er gehe aber

davon aus, dass mit der Einführung der neuen Technik in diesem Jahr die gewünschte Schaltung leichter möglich sei.

4. Hinsichtlich des Kommentars von Herrn Schmickler möchte ich wissen, ob nicht auch bei alten Heizungsanlagen die Ausrüstung mit Thermostatventilen zu einer erheblichen Reduzierung des Energieverbrauches führt.

Herr Schmickler verweist darauf, dass es je nach hydraulischem Konzept der Heizungsanlage nicht ausreichend sei, allein Thermostatventile einzubauen. Das ganze System müsse verändert werden, um die gewünschten Einsparungen zu erzielen. Bei einem halbwegs attraktiven Einsparbetrag lasse sich auch ein Contractor finden.

Herr Sprenger:

1. Im oberen Bereich der Kölner Straße wurde vor zwei Jahren die Fahrbahndecke erneuert. Jetzt werden neue Versorgungsleitungen gelegt. Konnte dies nicht mit dem Versorgungsträger vorher abgesprochen werden?

Herr Hardt erklärt, entsprechende Anfragen an die Versorgungsträger wären vor der Erneuerung der Fahrbahndecke gestellt worden. Ebenso seien die städtischen Kanäle geprüft worden. Zum damaligen Zeitpunkt sei definitiv erklärt worden, es bestehe kein Bedarf an einer Erneuerung der Leitungen.

Die BELKAW tausche derzeit die alten Graugussgasleitungen aus. Der zeitliche Druck durch die Energieaufsichtsbehörde sei damals nicht bekannt gewesen.

2. In die Ampel der Kreuzung Frankenforster Straße/Ernst-Reuter-Straße wurde wohl eine neue Software eingebaut. Jetzt steht man noch mehr im Stau. Was ist dort erfolgt?

Herr Schmickler teilt mit, die Ampel sei noch nicht auf eine neue Software umgeschaltet worden. Die Umschaltung erfolge aber in absehbarer Zeit.

3. Vor vier Wochen bin ich von einem Anwohner der Fischbachstraße angesprochen worden, weil die neuen Pflastersteine ausgeschwemmt sind. Zwei Steine waren ausgebrochen. Können dort häufigere Kontrollen durchgeführt bzw. kann dort öfter Sand gestreut werden?

Herr Schmickler sagt zu, den Bauhof zu einer Nachsandung zu veranlassen. Bei wassergebundenen Fugenmaterialien sei dies bei leicht abschüssigen Straßen erforderlich.

Herr Kierspel:

Ist der Verwaltung bekannt, dass der Plus-Markt einen Antrag gestellt hat, in Schildgen ein Geschäft zu bauen? Wurde in diesem Zusammenhang daran gedacht, die Straßenführung der Leverkusener Straße entsprechend zu überarbeiten?

Herr Schmickler bestätigt, dass der Sachverhalt bekannt sei. Ein Baugenehmigungsverfahren sei mit dem Ergebnis eines positiven Vorbescheides durchgeführt worden. Der Aspekt hinsichtlich der Verkehrsführung ist ebenfalls bekannt. Er habe die Bauaufsicht gebeten, im weiteren Baugenehmigungsverfahren besonders auf diese Problematik zu achten.

Herr Kremer:

Bei einer Begehung im Bereich Laurentiuskirche wurde festgestellt, dass einer der Stromverteilerkästen am ehemaligen Büttgen-Gebäude von jedem zu öffnen ist. Besonders für Kinder kann dies gefährlich werden. Kann die Verwaltung dies überprüfen?

(Anmerkung des Schriftführers: Der angesprochene Schaltkasten wurde am 07.05.2004 wieder verschlossen.)

16.1 Anfrage der FDP-Fraktion vom 12. März 2004 zur Rechtsabbiegespur an der Kreuzung Moitzfeld und zur Ampelschaltung am Technologiepark Friedrich-Ebert-Straße

@->

Herr Dr. Fischer erklärt, er halte es unter Bezugnahme auf die schriftliche Anfrage seiner Fraktion für ausgesprochen bedenklich, dass die Rechtsabbiegespur aufgrund der Verzögerung durch den Landesbetrieb Straßenbau erst nach etwa dreieinhalb Jahren verwirklicht werde, obwohl die Stadt sogar in Vorlage trete. Die Maßnahme selbst sei nach vier Wochen erledigt. Dies sei eine erstaunliche Geschwindigkeit der Landesverwaltung.

<-@

Der Vorsitzende, Herrn Kremer, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20.12 Uhr. <-@